

Bezugspreis:
Bieteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Zah-
bezug: Monatlich 10.— M., ein-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 20.— M. für
das übrige Ausland 27.— M. Be-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tscheco-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimkehr“ und der
Beilage „Siedlung und Ackerbau“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Anzeigenzeilen
betragen 5,50 M. „kleine Anzeigen“
das heißt über 15 Buchstaben (je-
weils zwei fettgedruckte Worte), jedes
weiteren Wort 1.— M. Sechsspaltige
und Schließzeilen betragen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Einsendungsporto.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 2, abgegeben werden. Bestim-
mung von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 15195-97
Expedition Morisplatz 11753-54

Donnerstag, den 23. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morisplatz 11753-54

Jouhaux über Oberschlesien.

Am gestrigen Tage trafen die von der Amsterdamer Internationale nach Oberschlesien entsandten Genossen Fim men-Amsterdam und Jouhaux-Paris nach Beendi- gung ihrer längeren Enquete an Ort und Stelle in Berlin ein, um noch an demselben Abend heimzureisen. Ein Mit- glied unserer Redaktion hatte Gelegenheit, mit den beiden Führern der Gewerkschaftsinternationale über ihre Eindrücke zu sprechen. Am Schlusse der Unterredung übergaben sie unserm Mitarbeiter folgende schriftliche Erklärung:

„Die Delegation der Gewerkschaftsinternationale, die aus Ober- schlesien zurückkehrt, ist der Ansicht, daß die Lösung der dortigen Vorgänge in einer Politik der Versöhnung und der Verständigung zwischen den Arbeitern beider Sprachen liegt. Sie ist der Meinung, daß die von gewissen deutschgesinnten politischen, religiösen und militärischen Persön- lichkeiten empfohlene Unterdrückungspolitik nicht allein einen psychologischen Irrtum darstellt, sondern auch eine Fülle von schwersten Gefahren für die nächste Zu- kunft enthält. Die Arbeiter sollten sich also nicht einer der- artigen Auffassung anschließen und darüber hinaus sollten sie diese Auffassung energisch bekämpfen. Eine solche Politik könnte nur der deutschen Sache schaden und den militärischen Elementen eine Möglichkeit verleihen, an Prestige zu gewinnen, zum alleinigen Nutzen der Reaktion im Innern Deutsch- lands.“

Diese Erklärung gewinnt noch an Bedeutung durch weitere Ausführungen, die Genosse Jouhaux unserm Mitarbeiter gegenüber machte. Der Führer der CGT. betonte ausdrücklich, daß er dabei weder auf die Schuldfrage, noch auf die sonstigen Begleiterscheinungen des polnischen Auf- standes eingehen wolle, sondern lediglich die Eindrücke wieder- gebe, die er in den allerletzten Tagen, namentlich bei seinen Besprechungen mit dem Zwölferausschuß und mit dem deut- schen Bevollmächtigten in Oppeln, über die jüngsten Diffe- renzen zwischen letzteren und der Interalliierten Kommission gewonnen habe. Er führte u. a. aus:

„Es scheint mir, als ob sich die Vertreter der deutschen Parteien seit einigen Tagen auf dem Holzwege befinden. Ich habe so- gar den Eindruck, daß sie im Begriffe stehen, durch ihre Antrags- genossenschaft die eigene Sache auf das Schwerste zu gefährden und die starken Sympathien, die sich Deutschland durch seine bisherige Haltung in Oberschlesien erworben hat, in ungeschicktester Weise zu verschütten. Unter der Leitung des Varreres Ullrich nehmen sie den Stand- punkt ein, daß vorerst eine unerbittliche gewaltsame Säuberung ganz Oberschlesiens erfolgen müsse, ehe an die Wiederherstellung normaler Zustände gedacht werden könne. Den Gedanken einer Amnestie weisen sie mit der Begründung zurück, daß die Insurgenten größtenteils landfremde Elemente seien. Letz- tere Behauptung ist jedenfalls unrichtig. Nun, gerade im Interesse der Zukunft Oberschlesiens sollte man sich hüten, jene Arbeiterschichten, die am polnischen Aufstand teilge-

nommen haben, durch Unversöhnlichkeit zur Verzweiflung zu treiben. Denn diese würden sich gezwungen sehen, das Land zu ver- lassen, das sie durch die Arbeit mitgeholfen haben, hochzubringen, und man würde sogar Gefahr laufen, daß sie vor ihrem Rückzuge Zerstörungen an Industrieobjekten vornehmen, zu denen sie die Mittel haben und die für die gesamte ober-schlesische Industrie katastrophal sein könnten. Ich weiß übrigens, daß auch ein guter Teil unserer deutschen Gewerkschaftsmitglieder im Auf- standesgebiet selbst genau so denkt wie wir und glaube, daß die Einmigung der deutschen Kreise in Oppeln nicht mehr den An- schauungen der im Herd des Aufstandes am nächsten Betroffenen entspricht.“

Charakteristisch für diese gefährliche Betrachtungsweise war ein Ausspruch des deutschen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission in Oppeln, des Grafen Braschma, uns gegenüber in Oppeln. Wir hatten übrigens mit diesem Herrn nur eine sehr kurze Unterredung, denn nachdem er uns dreiviertel Stunden lang in seinem Vorzimmer hatte warten lassen, entließ er uns nach zehn Minuten Unterredung mit der Begründung, daß er fortgehen müsse. Indessen konnten wir in dieser kurzen Zeit dieses Thema der Amnestie streifen. Graf Braschma zeigte sich von ab- solutester Unversöhnlichkeit. Auf meinen Einwand hin, daß jene Unterdrückungspolitik, die er empfahl, an sich schon wegen der verhältnismäßig geringen Truppenzahl, über die die Interalliierte Kommission verfüge, schwer durchzuführen und außerordentlich langwierig sein würde, antwortete er: „Die alliierten Truppen haben ja Tanks!“

Ich brauche nicht des näheren zu erläutern, wie unheilvoll in jeder Beziehung eine solche Geisteszustimmung in unseren Augen ist. Wer das ober-schlesische Problem lediglich mit Tanks lösen will, scheint sich der Folgen einer derartigen Repres- sionspolitik nicht bemüht zu sein. Die deutsche Arbeiterklasse aber wird dies schon verstehen.“

Unser Mitarbeiter setzte nun Jouhaux auseinander, daß solche unvernünftigen Äußerungen einer Stimmung ent- sprungen seien, die u. a. durch die Sorge der Deutschen zu er- klären sei, daß der polnische Aufstand eine vollendete Tatsache geschaffen hätte oder zumindest die letzte Entscheidung des Obersten Rates im polnischen Sinne hätte beeinflussen können. Darauf erklärte Jouhaux:

„Nach meiner Überzeugung ist diese Sorge ganz und gar unbegründet. Der polnische Aufstand, der in erster Linie eine Aufhebung gegen die Interalliierte Kom- mission selbst war, hat der polnischen Sache lediglich geschadet. Das geben auch die besonnenen polnischen Arbeiterführer offen zu.“

Angesichts der bereits wiederholt erprobten, durchaus logalen und verständnisvollen Haltung des Gen. Jouhaux der deutschen Arbeiterklasse gegenüber halten wir uns verpflichtet, alle zuständigen Stellen und das gesamte deutsche Proletariat auf den Ernst und die Bedeutung dieser Erklärungen mit besonderem Nachdruck hinzuweisen.

Es habe sich infolgedessen ein beträchtliches Defizit ergeben. Es sei zu befürchten, daß während eines oder zweier Jahre die eng- lische Verwaltung dem Gebiet nicht die gleiche Wohlfahrt werde geben können, wie sie zur Zeit der deutschen Verwal- tung bestanden habe.

Trotski auf dem Kommunistenkongress.

London, 23. Juni. (WTB.) Wie „Morning Post“ aus Kiew meldet, ist in Moskau der dritte Kongress der Dritten Internationale eröffnet worden. Der augenblickliche Vor- sitzende Sinowjew erklärte Vertretern der ausländischen Presse, das Programm des Kongresses sei eine Offensive des Prole- tariats in naher Zukunft vor. Einer der wichtigsten Punkte des Programms sei die Zusammenfassung aller Kräfte auf die Propa- ganda- und Revolutionstätigkeit im Osten.

In einer vor Eröffnung des Kongresses gehaltenen Rede erklärte der soeben aus Turkestan zurückgekehrte Volkskommissar Trotski, wenn der Krieg, die Revolution in Rußland und die halben Revo- lutionen in Deutschland und Oesterreich nutzlos gewesen seien und das Proletariat wieder unter das Joch der Bourgeoisie falle, dann werde die Bourgeoisie wieder unbeschränkte Macht erhalten und das Feld ihrer Tätigkeit hauptsächlich nach Amerika, Afrika und Asien verlegen.

Trotski äußerte weiter: Wir müssen mit dem revolutionären Geiste nicht nur den Westen bearbeiten, sondern auch den Osten und vor allem die östlichen Kolonien der Großmächte, auf die der Kapi- talismus augenblicklich seine Hoffnung baut. Wir haben unsere Illusionen bezüglich des unmittelbaren Ausbruchs einer Welt- revolution begraben. Unsere Feinde schlafen nicht, sondern sie beobachten uns wachsam. Dies alles bedeutet, daß der kommende Kampf ein sehr blutiger sein wird, und wenn wir siegen wollen, müssen wir alle unsere Kräfte anspannen. Während der kommenden Weltrevolution werden die Frauen nicht die passive Rolle von Pflegerinnen und barmherzigen Schwestern übernehmen, sie werden mit den Männern in den ersten Reihen des Proletariats kämpfen.

Diktatoren der Wirtschaft.

Von Hermann Krähig.

In der deutschen Textilindustrie ist die Zahl der ganz un- teilweise Erwerbslosen noch immer sehr groß, und sie droht jezt noch größer zu werden. Um so verwerflicher ist es denn aber, wenn zurzeit, wo alle Behörden prüfen, wie diese Zahl herabgedrückt werden könne, die verschiedenen Lieferer- und Abnehmerverbände Verträge miteinander abschließen, durch die sie sich gegenseitig zu Handlungen verpflichten, die unter Umständen viele Tausende von Arbeitern aus der Arbeit werfen. Es sind das Kampfoverträge gegen die Außenseiter, in denen die Mitglieder zur Materialsperrung gezwun- gen werden.

Eine solche Materialsperrung ist jezt über 72 Kleider- fabriken verhängt worden. Zwischen der Deutschen Tuchkonvention in Düsseldorf, dem Verband sächsisch-thüringischer Webereien G. B. und dem Verband der Fabrikanten halbwollener und wollener Stoffe G. B. einerseits und den Klei- derfabrikanten-Verbänden andererseits ist ein solcher Gegenseitigkeitsvertrag zur Unterstützung im Kampfe gegen Außenseiter abgeschlossen worden. Nun haben die Kleiderfabrikantenverbände den Kampf gegen ihre Außenseiter aufgenommen und demzufolge auf Grund des § 4 jenes Gegen- seitigkeitsvertrages von den Textilwarenfabrikanten verlangt, den Außenseitern gegenüber vertragbrüchig zu werden, d. h. ihnen keine Waren zu liefern.

Am 12. Mai 1921 hat die Deutsche Tuchkonvention in Düsseldorf an ihre Mitglieder ein Rundschreiben gefandt, worin sie die von den Kleiderfabrikantenverbänden geforderte Materialsperrung anordnet. Die entscheidende Stelle in diesem Rundschreiben lautet wörtlich so:

Austräger der gesperrten Abnehmerfirmen dür- fen nach Erhalt dieses Schreibens von sämtlichen Mitgliedern der Tuchkonvention, des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien G. B., des Ver- bandes der Fabrikanten halbwollener und wolle- ner Stoffe G. B. nicht mehr angenommen und aus- geführt werden.

Des weiteren werden unsere Mitglieder ange- wiesen, ihre Appreteure und Lagerhalter zu ver- pflichten, an gesperrte Kleiderfabrikanten weder direkt noch indirekt Ware abzugeben.

Auf der Liste, die mit dem Rundschreiben verandt wurde, sind 72 Firmen von Kleiderfabriken verzeichnet, die von der Sperrung getroffen werden; diese Firmen verteilen sich auf 26 Ortschaften. Wie der Reichsstelle für Textilwirtschaft aus M.-Gladbach mitgeteilt wird, werden durch diese Materialsperrung 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbslos. Was geschieht mit diesen Opfern der Konventionspolitik? Werden sie von den Verbänden, welche die Ar- beitslosigkeit verursachen, entschädigt werden? Das Reichsarbeitsministerium wird nicht umhin können, bei der jezt beginnenden Be- ratung unseres Arbeitslosenrates im Volkswirtschaftsaus- schuß des Reichstages dazu Stellung zu nehmen. Denn den Arbeitern kann man doch unmöglich zumuten, daß sie wegen eines Interessentkampfes der Unternehmerverbände in die Ar- beitslosigkeit und ins Elend gehen.

Darüber hinaus wird man sich diese Auswüchse der Ver- bandspolitik der Unternehmerverbände einmal etwas näher ansehen müssen. Der vorstehend erwähnte Fall ist ja be- sonders traurig, aber nicht der einzige dieser Art. O nein! Es gibt Konventionen, die so dreist auftreten, daß sie sogar von Regierungsbehörden verlangen, den Außenseitern die Kohlen zu sperren. Beim sächsischen Wirt- schaftsministerium ist das versucht worden und auch bei der Reichsstelle für Textilwirtschaft; natür- lich ohne Erfolg.

Und zu welchem Zwecke führt man diesen Kampf gegen die Außenseiter? Um die gesamte Produktion der einzelnen Industriezweige unter die Diktatur der Kon- ventionen zu bringen und den Abnehmern gegenüber mit der Wirkung eines Monopols auftreten zu können. Es gibt solche Preisregelungsverbände inner- halb der deutschen Textilindustrie, die hohe Strafen für Nachlassen der Preise festsetzen. Die enorm hohen Gewinne der Textilaktiengesellschaften im Jahre 1920 zeigen, mit wachsender Energie diese Tätigkeit für jene Unter- nehmungen gewirkt hat.

Aber so kann das nicht weitergehen; denn diese zwangs- weise Haltung der Preise bereichert immer nur einen Teil der Unternehmer, gewöhnlich die der ersten Produktions- etappen; die dann folgenden, und vor allem der Handel, sie alle bekommen dadurch ein größeres Risiko zu tragen, und sind der Gefahr größerer Verluste ausgesetzt. Die Volkswirtschaft als Ganzes wird durch diese durch den Zwang gestützten hohen Preise schwer geschädigt, denn sie schwächen die Kaufkraft, hemmen also den Umsatz und hindern die Zunahme der Beschäftigung.

Der verzögerte Friedenszustand.

Paris, 23. Juni. (WTB.) Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, ist in gemeinsamer Sitzung von Repräsentanten- haus und Senat gestern auf Betreiben der Mitglieder des Re- präsentantenhauses die Resolution vorgelegt, die den Friedens- zustand mit Deutschland erklärt, zurückgestellt worden. Die vereinigten Parlamentsmitglieder haben alsdann auf Antrag des Senators Borah an dem F. Lottensbudget einen Abstrich von 86 Millionen Dollar vorgenommen.

Japan und die Rüstungsfrage.

London, 22. Juni. (WTB.) Der japanische Botschafter Baron Nagashi erklärte einem Vertreter des Reuterschen Bureaus, es sei sicher, daß seine Regierung bereit sei, mit Großbritannien, Frank- reich und den Vereinigten Staaten über die Frage des Kriegs- schiffbaues zu beraten, um zu einer Einigung zu gelangen, durch die die fürchbare Last der Rüstungen erleichtert werden würde.

Die englische Reichskonferenz.

London, 23. Juni. (WTB.) In den beiden gestrigen Sitzungen der Dominionskonferenz haben Lord Curzon und der Kolonial- minister Windson Churchill eine ausführliche Schilderung der britischen Außenpolitik gegeben. Heute findet keine Sitzung statt, die nächste Sitzung erst am Freitag.

London, 23. Juni. (TU.) In der gestrigen Sitzung der Reichs- konferenz hat Lord Curzon über Oberschlesien und den Orient gesprochen. Die Rede ist jedoch entgegen dem üblichen Gebrauch nicht veröffentlicht worden.

Der englische Kolonialminister Churchill erklärte in seiner Rede unter anderem, im Gebiet von Tanganjika (früher Deutsch-Ost- afrika) habe der Krieg eine derartige Umwälzung hervorgerufen, daß eine vollkommen neue Verwaltung eingeführt werden mußte.

Es wird sich nicht machen, bei der Veranlassung des Arbeitslosenatrages zu verlangen, daß in den Fällen, in denen Konventionen durch Materialsperrung Arbeitslosigkeit erzeugen, die von der Sperre betroffenen Fabriken ohne weiteres die Erlaubnis bekommen, die zur Fortführung ihres Betriebes erforderlichen Materialien aus dem Ausland einzuführen. Wird das beschloffen, dann schneiden sich die sperrlustigen Verbände ins eigene Fleisch. Wir sind im allgemeinen nicht dafür, daß Waren vom Ausland bezogen werden, die unsere Industrie herstellen kann. Aber so wie heute den Konventionen gegenüber die Rechtsverhältnisse liegen, bleibt gar kein anderer Weg übrig, um diese Auswüchse der Verbandspolitik zu bekämpfen, als den gesperrten Fabriken die Deckung ihrer Rohstoffe im Auslande gefällig zu sichern.

Schon das Bestehen dieser Möglichkeit der Materialbeschaffung wird dazu beitragen, daß der Unfug der Materialsperrung aufhört.

Kapp-Verbrecher der Volkspartei.

Herr Mittelmann M. d. R. schickt uns folgende Berichtigung:

In Nr. 141 Ihrer Zeitung bringen Sie einen Artikel unter der Überschrift „Mittelmanns Rolle im Kapp-Putsch“, der eine Reihe von objektiven Unwahrheiten enthält, die zudem schon mehrmals in der Öffentlichkeit richtiggestellt sind. Ich erlaube mir daher unter Bezugnahme auf § 11 des Reichspressgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

I. Es ist unrichtig, daß es bei dem Vorfall in der Reichstags-Sitzung am vorigen Freitag zu einer Brüllszene gekommen ist. Vielmehr ist es meinen Parteifreunden und mir gelungen, den Abgeordneten Kemele und die übrigen anstürmenden Kommunisten zurückzudrängen, ohne daß es zu Tätlichkeiten kam.

II. Die weitere Behauptung, daß ich am 13. März 1920 in einer Sitzung auf dem Stettiner Ober-Präsidentium geäußert hätte, ich und die maßgebenden Kreise meiner Partei hätten drei Tage vor dem Kapp-Putsch davon Kenntnis gehabt, ist ebenfalls unwahr. Eine Verhandlung im Ober-Präsidentium hat damals überhaupt nicht stattgefunden. Gemeint sind anscheinend die Verhandlungen im Stettiner Polizei-Präsidentium. Bereits im März 1920 habe ich auf eine ähnliche Auslassung der Stettiner „Officer-Zeitung“ hin die Vorgänge in folgender Weise richtiggestellt:

1. Es ist nicht wahr, daß ich vor dem Putsch Kenntnis von seinem bevorstehenden hatte, noch über den Plan unterrichtet war.

2. Es ist nicht wahr, daß ich bei den Verhandlungen im Stettiner Polizei-Präsidentium etwas derartiges „gestanden“ hätte.

Wahr ist vielmehr folgendes:

1. Ich selbst habe vom 21. Februar bis zum 13. März mittags in Stettin krank zu Bett gelegen.

2. Am 14. März habe ich in Berlin in einer dringend einberufenen Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Gesamtpartei, zu der ich mich mit Rücksicht auf meinen Gesundheitszustand in einem geschlossenen Auto begab, erfahren, daß von Kapp nachstehender Seite bei zwei führenden Mitgliedern der Deutschen Volkspartei einige Tage vorher in vorsichtiger Weise wegen der eventuellen Stellungnahme der Partei gegenüber dem Gedanken eines solchen Unternehmens sondiert worden sei. Auch diese beiden Parteimitglieder sind also über den Plan, das heißt Zeit und Umstände des Unternehmens, keineswegs unterrichtet gewesen.

3. Bei den Verhandlungen im hiesigen Polizei-Präsidentium (die erst nach dem 14. März stattfanden) habe ich dies ausdrücklich erklärt und ferner der Wahrheit gemäß hinzugefügt, daß diese beiden Mitglieder ihre Befragten beschworen haben, von einem derartigen wahnfinnigen Gedanken zu lassen, und daß sie nach dieser Besprechung der Ueberzeugung lebten, daß der Gedanke damit abgefallen wäre.

Wenige Tage nach dieser Erklärung habe ich bei den gleichen Verhandlungen dies wiederholt. Die Darstellung in der „Officer-Zeitung“ beruht somit auf bewußt unrichtiger Wiedergabe meiner Äußerung.

III. Wichtig ist, daß ich seinerzeit gegen die Herausgeber und Verfasser des von Ihnen erwähnten demokratischen Aufrufs Strafanzeige erstattet habe, und daß die Staatsanwaltschaft dieses

Verfahren später eingestellt hat. Die Einstellung ist jedoch nicht, wie Sie behaupten, wegen Ergebnislosigkeit des Ermittlungsverfahrens erfolgt, sondern lediglich auf Grund der Amnestieordnung vom 4. August 1920. Sämtliche Beteiligten sind deshalb von der Staatsanwaltschaft benachrichtigt worden.

Dr. Mittelmann,
Mitglied des Reichstages.

Herr Mittelmann beweist mit dieser Berichtigung wider seinen Willen, daß die zwei führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei Verbrecher sind, die von Rechts wegen ins Gefängnis gehören. Es gibt nämlich einen § 139 des StrGB., dessen hier einschlägigen Teile lauten:

Wer von dem Vorhaben eines Hochverrats . . . zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhaft Kenntnis erhält und es unterläßt, hiervon der Behörde . . . zur rechten Zeit Anzeige zu machen, ist, wenn das Verbrechen oder ein strafbarer Versuch desselben begangen worden ist, mit Gefängnis zu bestrafen.

Die beiden Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die die Anzeige des ihnen vorher mitgeteilten Kapp-Putsches unterlassen haben, haben sich ungewissheit im Sinne dieses Paragraphen strafbar gemacht. Daß Herr Mittelmann nicht zu ihnen gehört, verdammt er einem Glücksstand, den er mit Herrn v. Kessel und anderen reaktionären Ehrengemännern teilt: daß er bis zum 13. März todkrank zu Bett lag, aber an diesem Tage wieder plötzlich mobil wurde.

Bayerische Entwaffnung.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Am 4. Juni fand in Rosenheim eine Führung der Einwohnerwehr des Chiemgaues statt. Anwesend waren: Stellvertretender Landeshauptmann Kanzer, Stad des Chiemgaues, Stad der Orka, Vertreter des Grenzgaues, Oberland- und Isarwinkel-Wangfallgaues, die Beführer der Chiemgauwehren.

Herr Kanzer erklärt, daß die Durchführung der geforderten Entwaffnung und Auflösung unmöglich sei. Man müsse versuchen, durch Zusammenarbeit mit Orka die oberbayerischen Einwohnerwehren, besonders aber die hier versammelten Gauen möglichst zu erhalten, da sonst in München durch die Einrückenden, in deren Händen sich noch große Waffenbestände befinden, die größte Gefahr eines neuen Umsturzes und einer neuen Räterepublik bestehe.

Es sei deshalb nötig, möglichst viele Waffen der Ablieferung zu entziehen, zum Teil auch durch Abtransport nach Tirol in die Lager der Orka. So könne man davon im Notfall wieder Zellkorps aufstellen wie im Mai 1919. Auch die Geschütze und Minenwerfer dürfe man nicht aus der Hand geben. Die Wehrleute müßten sich in Kriegervereinen um sammeln. Auch Turn- und Sportvereine seien besonders in größeren Orten sehr geeignet. Geldmittel stehen ihm in ausreichendem Maße zur Verfügung.

Hierauf sprachen etwa 20 bis 25 Wehrführer. Sie alle sind gegen die Entwaffnung und Auflösung im Namen ihrer Wehren. Sie sind mit den von Kanzer vorgeschlagenen Abwehrmaßnahmen einverstanden und erklären, nur solche Waffen abzuliefern, als nötig sei, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen.

Gutsbesitzer Hoffmann-Vogtareuth ermahnt, bei der Auswahl der in die Verbände aufzunehmenden Wehrleute äußerste Vorsicht zu sein und nur ganz zuverlässige Leute in die Sache einzusetzen. Beunruhigt er über die Schwierigkeiten des Waffenabtransports nach Tirol. Er erklärt, daß die Transporte alle mit Autos und Bauernfuhrwerken durchgeführt werden müßten und deshalb der gesamte Abtransport sehr lange dauern würde. Es sei deshalb notwendig, schon jetzt die Waffen unauffällig an entlegene sichere Orte zu verbringen, wo sie vor Entdeckung sicher seien, bis sie in die Lager abgeführt werden können. Er empfiehlt, Geschütze und Minenwerfer in Stadeln ganz mit Stroh und Heu einzudecken, da dies der beste Schutz gegen Entdeckung sei. — Kanzer ermahnt die Anwesenden nochmals, fest zusammenzustehen und mit allen Kräften an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten. Nur wenn man die Waffen in der Hand behalte, sei es möglich, einen neuen Umsturz zu verhindern.

Fragen wir nach der Ursache der Räterückfälle des Juni, so finden wir, daß sie eine Reaktion auf die vorangegangene rasche Erwärmung der mittel- und osteuropäischen Landmassen bilden. Der Ozean ist, da sich die Wassermassen weit langsamer erwärmen als das Festland, zu dieser Jahreszeit noch ziemlich kühl, und daher kommt es, daß sich der höchste Luftdruck im Juni über dem nördlichen Atlantik verlagert, während die Depressionen, deren Bahn ja stets nach den wärmsten Gebieten gerichtet ist, die Verlagerung über dem europäischen Festland vorziehen. Diese Druckverteilung bedingt in Wechselwirkung zwischen dem westlichen Hoch und dem östlich davon verlagerten Tief nordwestliche Winde vom Nordosthang des atlantischen Maximums, und diese kalte Strömung hat die empfindliche Abkühlung im größten Teil Europas zur Folge.

Aber letzten Endes ist es auch gerade diese Abkühlung, die schließlich wieder eine günstigere Gestaltung der Luftdruckverteilung und damit den Wiedereintritt sommerlicher Witterung bedingt. Die empfindliche Abkühlung über dem Festland führt dann zur Zunahme des Luftdrucks; das atlantische Maximum verlagert sich über dem Kontinent, und sobald infolgedessen die Bewölkung schwindet, führt die Sonne rasche Wiedererwärmung herbei, die sich unter der Wirkung warmer Inlandwinde sogar oft binnen wenigen Tagen wieder zu beträchtlicher Hitze steigert. Wir brauchen also die Hoffnung, daß es doch noch einmal Sommer wird, nicht aufgeben, und können unsere Winterhosen ruhig im Mottenkasten lassen.

Schulmusik. Die Bedeutung, die der Schulmusik als Grundlage der Musikpflege und der musikalischen Kultur überhaupt zukommt, zeigt sich jetzt auch in dem großen Zudrang von Bewerbern zu der staatlichen Prüfung für Schulfachlehrer und -lehrerinnen. Die Zahl der Bewerbungen hat in diesem Jahr 50 überschritten.

Im die breite musikalische Grundlage schaffen zu helfen, auf der unsere gesamte Schulmusik sich aufbauen soll, hat jetzt der Kultusminister in den Prüfungsausschuss neu berufen: Generalintendant Nag v. Schilling, Siegfried Ochs, Georg Schünemann, M. Hst und Frau Charlotte Pfeiffer. Die bisherigen Mitglieder Prof. Hermann Krejchmar, Carl Thiel, Friedrich B. Koch und Georg Koll sind in dem neugebildeten Ausschuss weiter tätig.

Gründungsversammlung des Jüdischen Theaters. Schon seit langem war man in den Berliner Kreisen, die ein Interesse für jüdische Kultur haben, unter der Führung des Rechtsanwalts Gronemann bemüht, ein jüdisches Theater zu gründen. Dieser Plan wurde jetzt in die Tat umgesetzt und am Mittwoch fand im Logenhaus in der Kleiststraße unter starker Anteilnahme die Gründungsversammlung des Theatersvereins statt. Dr. Gronemann sprach von seinen Eindrücken im Wilnaer jüdischen Theater und von den Aufgaben des Vereins, der dem hiesigen Theater die Grundlage schaffen soll.

Behrführer Gigg von Hittina spricht zum Schluß Konzeß das vollste Vertrauen des Chiemgaues aus und versichert ihm, daß ihn alle mit ganzer Kraft unterstützen würden und ganz auf seiner Seite ständen.

Unnötig hinzuzufügen, daß die bayerische Polizei sich diesem Treiben gegenüber völlig passiv verhält.

Verbot des „Wölfischen Beobachters“.

Der „Wölfische Beobachter“ in München, das bekannte antisemitische Kampfbüchlein, ist von der Regierung, nach Meldung der T. U., auf 4 Wochen verboten worden. Anlaß gaben dazu unflätige Beschimpfungen der Reichsregierung und des Reichstages.

Es hat erst der Ermordung Gareis und des unermüdlischen Hinweises der sozialistischen Presse bedurft, ehe die bayerische Regierung auf die unflätigen Beschimpfungen aufmerksam wurde, die das Blatt nicht erst seit heute und gestern, sondern seit Monaten bringt. Rohr opfert jetzt einen seiner Kleinen, um sich selbst zu retten.

Ein aufgehobenes Werbebureau.

Frankfurt a. d. O., 23. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gestern nachmittag ist das Werbebureau für Freiwillige von der Frankfurter Polizei aufgehoben und geschlossen worden. Als die Polizeibeamten auf dem Bureau erschienen, waren etwa 50 junge Leute bereits anwesend, die von dem Leiter des Bureau Sogalla bzw. dem bei ihm diensttuenden Feldwebel hinbestellt worden waren. Auf Veranlassung der Polizei wurden ihnen ihre Militärpässe wieder ausgehändigt. Der Leiter des Bureau und sein Feldwebel wurden verhaftet. Hinter Sogalla stehen wirtschaftlich und politisch sehr einflussreiche Personen, die auch das Geld für die Unterhaltung der Freiwilligen aufbringen. Es wird Sache der Staatsanwaltschaft sein, der die Angelegenheit bereits von der Kriminalpolizei übergeben worden ist, diese Hintermänner festzustellen.

Das Treiben der Sogalla und Genossen wird von dem hiesigen Hakenkreuzerblatt, genannt „Volksbote“, unterstützt. Das Blatt peitscht in wenig verdeckter Form zu Gewalttätigkeiten gegen unser Parteiblat auf. Der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Heute vormittag erschienen im „Volksfreund“ eine Reihe dunkler Exkzentrizen, die ihre Geistesverwandtschaft mit den Rittern vom Hakenkreuz dadurch dokumentierten, daß sie nach dem Verfasser des gestrigen Artikels unseres Parteiblattes fragten, ungewissheit, um über den Autor gemäß der Direktive des deutschen nationalen Radaublattes und seiner Gedrucker herzufallen. Unser Frankfurter Parteiblat schreibt heute dazu: „Die organisierte Frankfurter Arbeiterschaft wird auf dem Posten sein und sofort diejenigen Maßnahmen ergreifen, die dadurch erforderlich werden, daß unsere republikanischen Behörden mit ihren die Reichsoberfassung sabotierenden Beamten auch heute noch schlafen. Das gilt für den Bezirk Frankfurt a. d. O. von oben bis unten.“

Auch ein „Beweis“.

Die „Rote Fahne“ bringt in ihrer Morgenausgabe die leidlich getroffene Abbildung eines Totschlägers, einer Eisenstange und eines gebogenen Knüppels unbekannter Materials. Darunter schreibt sie:

Das sind die Instrumente, mit denen die Gewerkschaftsböngzen die Arbeitslosen bearbeiten ließen. Das ist die Stange, mit der Sabbath auf hungernde Arbeitslose eingedroschen hat.

Und damit ist nun der „unwiderlegliche Beweis“ erbracht, daß sechs Gewerkschaftsangehörige mehrere tausend Arbeitslose überfallen und mißhandelt haben!

Natürlich kann jeder Mensch, der etwas Zeichentalent besitzt, einen Totschläger oder eine Eisenstange abbilden. Wir bestritten auch gar nicht, daß sich solche Gegenstände im Original auf dem Bureau der „Roten Fahne“ und im Besitz ihrer Anhänger befinden. Nur liegt darin keinerlei Beweis, daß diese Gegenstände gegen ihre jetzigen Inhaber und nicht vielmehr von ihnen gebraucht worden sind. Es handelt sich wieder einmal um ein Mandat der „Roten Fahne“, das auf die Geistesarmen berechnet ist! Wir gestehen zu, daß mit dieser Methode die Redaktion der „Roten Fahne“ im Vorteil ist, denn ihre läugerische Geistesverfassung läßt sich nicht bildlich darstellen.

Auf die Vorstandswahl folgten künstlerische Darbietungen von Schauspielern der Wilnaer Truppe, die für das Berliner jüdische Theater bereits engagiert sind. Der Abend war hauptsächlich dem Gedankenträger Perez gewidmet. Die Künstler: Frau Blumenthal, Frau Altmis, Herr Koro und Herr Großbart, wußten auch die Zuhörer in ihren Bann zu ziehen, denen die Sprache selber nicht verständlich war. Es scheint, daß es den Gründern des Theaters gelungen ist, für ihren Zweck wirklich tüchtige Kräfte zu gewinnen. E. B.

Das Café als Kunstsalon. Von einem eigenartigen Akt der Künstlerelbthilfe wird im „Kunstblatt“ berichtet. 47 junge Pariser Maler, die sonst keine Gelegenheit zum Ausstellen hatten, brachten einfach ihre Arbeiten in ihr Stammscafé, das „Café du Parnasse“, mit und improvisierten hier eine Ausstellung. Man denkt daran, diesen „Kunstsalon“, der billig und bequem ist, auch weiter zu anderen Ausstellungen zu benutzen. „Wir haben uns“, so erklärte der Vater dieser Idee, „mit einigen Kameraden in einem Café eingerichtet, um uns eine Tür nach der Straße zu öffnen. Wir unterbreiten unsere Kunst nicht nur dem Urteil der Kenner; wir wenden uns an die Masse.“

Cos von den Weißen! Ueber eine religiöse Bewegung, die in einem südafrikanischen Gebiet ausgebrochen ist, unterrichtet eine Mitteilung in den „Berliner Missionenberichten“. „In der Nähe von Ciemboni in Tamaqua“, erzählt ein deutscher Missionar, „ist eine Prophetin entstanden, eine Heidin, die jeden Sonntag auf dem Hüppelingskraut predigt: Ihr dürft in keine Kirche gehen, die in Verbindung mit Weißen steht. Es werden schwere Zeiten mit viel Krieg und Blutvergießen kommen, aber: Los von den Weißen! Dabin läuft alles. Maquina sagt mir, daß an manchen Sonntagen seine Kirche fast leer sei, da die Leute zu der Prophetin gingen.“

In der Nähe von Queenstown haben sich die „Israelliten“ etabliert. Schwarze aus allerlei Volk, die zu lehren, sie seien das auserwählte Volk Israels. Das Land (Südafrika) sei ihr heiliges Kanon, sie seien solange in der ägyptischen Gefangenschaft (unter den Weißen) gewesen. Jetzt wollten sie ihr heiliges Land von den Kanonitern erobern. Ihre Abgeordneten durchziehen das Land, um Propaganda zu machen. Wer zu ihnen kommt, den lassen sie nicht wieder aus ihrem Bereich. Sie sitzen auf Regierungsland, respektieren aber keinen Regierungsvertreter. Selbst die Polizei mußte ihre hier liegende Station verlassen und abziehen.“

Die schwarzen „Heiden“ haben während des Weltkrieges vollumfänglich Gelegenheit gehabt, die christliche Religion, deren vornehmstes Gebot lautet: „Liebet eure Feinde!“, in ihrer praktischen Betätigung kennen zu lernen. Ist es da ein Wunder, daß sie sich nun nicht nur von den geistlichen Heilsbringern dieser Religion, sondern von den Weißen überhaupt abwenden? Sowie raffinierte Feindesliebe, wie die „zionistischen“ Nationen mit Hilfe von Riegerbomben, Giftgasen, Flammenwerfern und der Auszungerung ganzer Völker ausgeübt haben, glauben auch afrikanische und australische Menschenfreier am Ende aufbringen zu können, ohne der Segnungen des Christentums teilhaftig geworden zu sein.

Der große Wettersturz.

Von Moritz Loeb.

Die außerordentlichen Temperaturgegensätze, mit denen uns der gegenwärtige Monat Juni überrascht hat, werden bei allen Leuten, die sich jetzt eines „Sommerausenhalts“ erfreuen, nicht so bald in Vergessenheit geraten. Wer, von der tropischen Hitze der ersten Monatswoche verleidet, mit der allerleichtesten Ausrüstung hinausgegangen ist, wird es mittlerweile bedauert haben. In verschiedenen Gegenden Mitteleuropas, beispielsweise in den höheren Lagen des Erzgebirges, hat es in den Tagen unmittelbar vor dem Sommerbeginn wiederholt geschneit. Auf dem Fichtelberg und auf dem Brocken ist das Thermometer bis auf 2 Grad Kälte gesunken, gar nicht zu reden von der Schneekappe, wo bei 5 Grad Kälte anhaltend Schneestreiben geherrscht hat. Doch in der Ebene Nachfröste bisher nur selten vorgekommen sind, ist lediglich auf die meist herrschende dicke Bewölkung zurückzuführen. Weit vom Gefrierpunkt sind noch die Temperaturen ohnein nicht entfernt. Tagsüber zeigt die Witterung in Mitteleuropa ein Bild, das man am besten als „Aprilwetter“ kennzeichnet: unter fortwährenden Regen- und Graupelschauern und kalten Nordwestwinden schwankt das Thermometer um 10 Grad Wärme herum. Die hier und da das Gewölk durchdringende Sonne wärmt zwar infolge ihres jetzt erreichten Höchststandes, aber der scharfe Nordwest läßt selbst die Höchsttemperaturen 10 Grad Celsius nicht nennenswert übersteigen, und vielfach ist in Deutschland während der letzten Tage selbst dieser Wert nicht erreicht worden. Wenn wir berücksichtigen, daß am 4. und 5. Juni das Quecksilber bis auf 35 Grad Wärme gestiegen war, so haben wir den ziffermäßigen Beweis für diesen ungemein trassen Rückfall aus dem Hochsommer in den Nachwinter.

Seit rund 75 Jahren ist es im mittleren Norddeutschland während der Zeit der Sommerkannnenwende nicht mehr so kalt gewesen wie in diesem Jahre. So lagen beispielsweise in Berlin während der Tage vom 19. bis 22. Juni die mittleren Temperaturen niedriger als jemals seit dem Jahre 1848, und der Tag des Sommeranfangs, der 21. Juni, war mit einem Tagesmittel von nur 9,4 Grad um volle 2,4 Grad kälter als der bisher kälteste Tag dieses Datums, der in das Jahr 1855 fiel. Auch dieser Umstand läßt erkennen, daß es sich diesmal um einen Rückschlag von ganz besonderer Intensität handelt, wie wir ihn bei gleichartiger Wetterlage auch nur annähernd seit dem Jahre 1899 nicht mehr erlebt haben. Freilich sind Fröste und Schneefälle im Juni an sich auch in der Zwischenzeit schon mehrfach beobachtet worden, aber dann war diese außergewöhnliche Abkühlung bei weitem nicht so nordwärts wie diesmal, und infolge weit höherer Tagestemperaturen halte das Witterungsbild vor eff. Solenn nicht diesen ausgeprägt nachwinterlichen Charakter.

Für Holz — gegen Holz!

In ihrer Stellungnahme zu Holz hat die „Rote Fahne“ jede Direktive verloren. Wir haben schon darauf hingewiesen, wie der erste Demonstrationsausruf für Holz durch einen zweiten abgelehnt wurde, der nicht mehr die Person des Holz in den Vordergrund rückte und auch den Vergleich mit Karl Liebknecht fallen ließ. Die „Rote Fahne“ hatte die alberne Ausrede gebraucht, daß ihr der erste Ausruf von unbekannter Hand unterlassen worden sei. Wir haben das sofort bezweifelt. Jetzt teilt die „Freiheit“ mit, daß der erste Ausruf tatsächlich infolge eines Protestes der kommunistischen Reichstagsfraktion zurückgezogen wurde.

Die Redaktion der „Rote Fahne“ hat ihre Fassung indessen noch nicht wieder erlangt. In ihrer heutigen Morgenausgabe bringt sie einen Artikel, der die Demonstration für Holz unterstützt, aber tatsächlich doch von Holz abrückt. Es heißt in dem Artikel: Artikel:

In dieser Stunde geht es um den Kopf von Holz. Da kommt es nicht darauf an, festzustellen, daß Holz den Charakter der proletarischen Revolution als elementare Massenbewegung verkennend nicht nach kommunistischen Prinzipien handelte.

Wohl aber kommt es darauf an, den Arbeitern vor Augen zu führen, wie dieser Holz, und man mag politisch — gerade im Interesse der Revolution — noch so energisch von ihm abrücken, wie dieser Holz als Mensch von unbeschämtem Proletariatstolz in unvergleichlicher Kühnheit um. usw.

Man rückt also — im Interesse der Revolution — politisch von Holz ab, demonstriert aber — im Interesse der Revolution — für den gleichen Holz!

Infolge des Verbots der Demonstration an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche haben die Kommunisten ihre Demonstration auf den Schlossplatz verlegt.

Der Tote der ZB. I.

Der amtliche preussische Pressedienst schreibt:

In einem Teil der Presse finden sich Andeutungen darüber, daß der Tod des Oberwachmeisters Buchholz von der ZB. I Charlottenburg (Hunderterschaft zur besonderen Verwendung) nicht, wie es anfänglich hieß, durch Selbstmord erfolgt sei, sondern daß eine Tötung durch fremde Hand vorliege. Hierzu erfährt der amtliche preussische Pressedienst, daß die Untersuchung der Angelegenheit in den Händen der Staatsanwaltschaft liegt.

Der „Vorwärts“ (vgl. Nr. 289 des „Vorwärts“, Red.) deutet ferner an, daß in dieser Hundertschaft, die früher Herrn v. Kessel unterstanden habe, mehr Geheimnisse verborgen seien, als mancher ahne. Er erinnert an einen Vorfall im November vorigen Jahres, bei dem sich die Hundertschaft in einer „an Reutersi grenzenden Weise“ aufgeführt habe. Daran ist nur soviel richtig, daß die Hundertschaft gegen die große Zahl von Kriminalbeamten aufbegehrt, die bei ihr auf eine Anzeige hin nach verborgenen Waffen suchte. Waffen wurden damals nicht gefunden. Hauptmann Stennes, der wegen des damaligen Vorfalls nach den Angaben des „Vorwärts“ verlegt werden sollte, aber im Amt blieb, weil die Hundertschaft sich gegen seine Verlegung aufgelehnt habe, war damals abwesend und hatte mit dem Vorfall nichts zu schaffen. Dagegen wurden zwei jüngere Offiziere verlegt. Im übrigen ist, wie wir erfahren, die Hundertschaft heute wesentlich anders zusammengesetzt als damals.

Diese amtliche Auskunft ist weder klar noch erschöpfend. Die Frage, ob im Falle Buchholz Mord oder Selbstmord vorliegt, wird mit dem Hinweis auf die staatsanwaltschaftliche Untersuchung umgangen. Woran es lag, daß zunächst kurzerhand Selbstmord „festgestellt“ wurde, wird nicht gesagt.

Was unseren Hinweis auf die frühere Reutersi der ZB. I anbelangt, so wird diese im wesentlichen zugegeben, nur die Einzelumstände sind etwas anders dargestellt. Daß der Kommandeur der Schuppolizei, Oberst Kaupisch, ganz ungebührlich empfangen worden ist, wird nicht bestritten. Wir halten übrigens unsere Behauptung voll aufrecht, daß damals tatsächlich versteckte Waffen gefunden worden sind, so daß gar kein Grund zum „Aufbegehren“ für die Mannschaft vorlag — oder nur zu viel Grund! — Der Hinweis auf die wesentlich andere Zusammensetzung gegen die Kessel-Zeit befriedigt uns nicht. Nach unserer Auffassung sollte die ganze Formation aufgelöst werden.

Kanzleisekretäre und Befoldungsordnung.

Die Kanzleisekretäre bei besonders großen Behörden sind durch das Befoldungsgezet in Gruppe VI eingestuft. Dieser überaus klaren Bestimmung gegenüber ist in den Vorbemerkungen zum Nachtragsetat für 1920 in den Erläuterungen zum Stellenverhältnis unter Ziffer 3 folgendes gesagt: „Bei besonders großen Behörden können Stellen für Kanzleisekretäre als Leiter oder als Vorsteher von Abteilungen nach sachlichem Bedürfnis in Gruppe VI geschaffen werden.“ Die Kanovorschrift ist mit dem Befoldungsgezet nicht in Einklang zu bringen. Nach dem Befoldungsgezet ist zwar ein durch den Haushaltsplan zu bestimmender Teil der Stellen in solche der Gruppen IV und V umzuwandeln, doch hat diese Vorschrift nur für die Zukunft Bedeutung. Die vorhandenen bzw. die am 31. März 1920 vorhanden gewesenen Kanzleisekretäre können nicht als Kanzleisekretären in Gruppe IV eingestuft werden. Tatsächlich erscheinen aber schon im Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1920 zahlreiche Stellen für Kanzleisekretären in Gruppe IV selbst bei besonders großen Behörden. So sind z. B. im Haushalt des Reichspatentamts 74 Kanzleisekretärenstellen in Gruppe IV, 31 Kanzleisekretäre in Gruppe V, 5 Kanzleisekretäre in Gruppe VI und 1 Kanzleisekretär in Gruppe VII nachgewiesen. Da das Reichspatentamt zweifellos als eine besonders große Behörde zu betrachten ist, waren die bei ihm beschäftigten Kanzleisekretäre gemäß den Vorschriften des Befoldungsgezetes sämtlich in Gruppe VI einzustufen und die Umwandlung der Stellen in solche der Gruppen IV und V war auf Grund der Fußnote 1 zur Befoldungsgruppe VI der Zukunft vorzubehalten.

Zu beanstanden ist auch Ziffer 5 der Vorbemerkungen mit den im Nachtragshaushalt daraus gezogenen Folgerungen. Es handelt sich um die neu geschaffenen Stellen für Registraturassistenten in Gruppe V, deren Stellenverhältnis in gleicher Weise geregelt werden muß wie das der Kanzleisekretären. Wir nehmen auch hier als Beispiel auf das Reichspatentamt Bezug, bei dem 18 Registraturassistentenstellen in Gruppe V neu geschaffen worden sind, deren Schaffung der Zukunft beim Freiwerden der vorhandenen Stellen vorbehalten bleiben muß.

Der Hauptausschuß des Landtags lehnte am Donnerstag die Vorberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern fort. Schö. Heilmann (Soz.) spricht über den Selbstschuß in Oberschlesien und den Ausnahmezustand in Ostpreußen. Vermerkt ist die Internierung der Dshuden. Der Kommunistenerlach trägt den Charakter eines Ausnahmegezetes gegen eine Partei.

Minister Dominicus: Das Fremdenlager in Stargard wird bald aufgelöst werden. Es ist vom Reichswehrministerium ein Lager angeboten worden, in dem die Möglichkeit besteht, Arbeit zu verschaffen. Der Kommunistenerlach ist durch die Unruhen in Mitteldeutschland gerechtfertigt.

Westarps Kampfsang. Am Mittwochabend hieß nach Meldung der D. Graf Westarp in Leipzig eine Rede, in der er die aller-schärfste Opposition der Deutschnationalen gegen das Ministerium Weich ankündigte. Die Rechte nähme nunmehr den Fehdehandschuh auf, den ihr der Reichskanzler dadurch zugeworfen habe, daß er ihr die Schuld am Morde Gareis' in die Schuhe schob, obwohl nicht der geringste Beweis dafür erbracht sei. Der Redner schloß mit der Aufforderung, nunmehr endlich den festen Entschluß zur Tat zu finden. — Die Witwe eines Westarp ist für das Ministerium Weich nur ehrenvoll.

Völkerverbund und Saargebiet. „Manchester Guardian“ schreibt, der Beschluß des Völkerverbundes in der Frage der Verwaltung des Saargebietes werde den Glauben an die Unparteilichkeit dieser Körperschaft nur in geringem Maße fördern.

Danzig keine polnische Garnison. Der Völkerverbund lehnte die polnische Forderung nach einer polnischen Garnison und einem besetzten militärischen Stützpunkt auf Danziger Gebiet ab.

R. P. und Labour Party. Bei der Abstimmung über den Antrag der kommunistischen Partei betreffend Beitritt zur Labour Party wurden 244 000 Stimmen für den Antrag und 411 500 dagegen abgegeben.

Der australische Arbeiterkongreß nahm eine Entschließung an zugunsten der Sozialisierung der Industrie.

Groß-Berlin

Geschwister als Mörder.

Der Raubmord im „Münchener Hof“ vor Gericht.

Der am 21. Juli 1920 ausgeführte Raubmord im Hotel „Münchener Hof“ in der Königgräber Straße gelangte heute vor dem Schwurgericht I zur Verhandlung. Damals wurde in dem Hotel der Kaufmann Paul Wolfner aus der Prinzenstraße durch Belästigungsmittel, eine Aetherergiftung, ermordet und seiner Schmucksachen im Werte von 50 000 M. beraubt. Wegen dieses Verbrechens sind angeklagt: der 25jährige Kaufmann Wilhelm Bod aus Reinickendorf, die 23jährige Gertrud Rögler und deren Bruder, der 26jährige Kaufmann Ernst Rögler.

Wolfner hatte die Geschwister in einem Kaffee am Kurfürstendamm kennengelernt, und das Geschwisterpaar soll dann den Plan gefaßt haben, Wolfner zu töten und zu berauben. Als erster wird der Angeklagte Bod vernommen, der in seiner Einleitung betont, daß er über die Tat die

fliehende Kasse

empfinde. Er gibt an, daß er den Krieg mitgemacht habe und verschüttet worden sei. Später war er im chemischen Laboratorium beschäftigt, wo er Gelegenheit fand, sich Chemikalien anzueignen. Ueber die Vorgeschichte des Verbrechens am Kaufmann Wolfner berichtet er, er habe einige Zeit vorher aus Braunlage einen Brief Ernst Röglers erhalten. Rögler teilte ihm darin mit, daß in Braunlage eine reiche Dame weile, die sehr viel Schmuck besäße. Es sei leicht, ihr diesen Schmuck abzunehmen, aber man brauche dazu Aether. Bod antwortete auf diesen Brief nicht. Er erhielt darauf einen zweiten Brief, in dem ihm Ernst Rögler Vorwürfe machte und ihn eine feige Krämerleule nannte.

Zwischen Bod und Rögler kommt es wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen, da Bod, wie schon früher, auch jetzt behauptet, daß der Plan von Rögler ausgegangen sei, der sich ständig in Geldverlegenheiten befand und sich in den Besitz von Geldmitteln setzen wollte. Er bestritt, die Absicht gehabt zu haben, den Wolfner zu töten, dieser sollte lediglich durch Aether narkotisiert werden. Als er den B. zu Boden geworfen hatte, reichte ihm Gertrud Rögler das mit Aether getränkte Tuch zu. Da die Belästigung so lange dauerte, setzte sich Gertrud Rögler auf Wolfner und band ihm Hände und Füße zusammen. Um B. am Schreien zu hindern, preßte ihm Bod ein Tuch in den Mund. Er will dies aber, wie er heute behauptet, wieder gelodert haben, um zu verhindern, daß B. erkläre.

Die Angeklagte Rögler, die mit ihrem Bruder in dem alten „Café Größenwahn“ und anderen Kaffeehäusern eine bekannte Erscheinung war, ist in verschiedener Beziehung eine eigenartige Erscheinung. Eine gewisse entartete Gefühlslage veranlaßt sie, ständig unter ihrer Frauenkleidung Herrenreitkleider zu tragen.

Kohlenmangel in den Elektrizitätswerken.

Vorübergehende Betriebsstilllegungen.

Der seit Beginn der aberschlesischen Unruhen chronisch gewordene Mangel an Steinkohlen hat sich in der letzten Zeit besonders bei den Elektrizitätswerken bemerkbar gemacht, die ihre Heizanlagen noch nicht auf Braunkohleneisenerzeugung umgestellt haben. So sah sich das städtische Elektrizitätswerk Charlottenburg in dieser Woche gezwungen, wegen Mangel an Steinkohle mit mindertwertiger Kohle zu feuern. Die Folge davon war, daß das Werk nicht die erforderliche Kraft zum Antrieb der Maschinen erzeugen konnte und zu Stromeinsparungen schreiten mußte, von denen einige große Charlottenburger Werke betroffen wurden. So mußte das Osram-Glühlampenwerk in der Helmholzstraße zwei Tage lang infolge Strommangels den Betrieb, in dem etwa 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, stilllegen. Inzwischen ist es durch Eintreffen neuer Steinkohlentransporte gelungen, die Einschränkungen wieder aufzuheben.

Wohnungsnot und Reichsmietengesetz.

In einer öffentlichen Mieterversammlung des Mieterverbandes Neutölln, die gestern in den Hohenkaufen-Sälen stattfand, behandelte der Referent Kornfeld das Thema: „Wohnungsnot und wie stellen wir uns zum Reichsmietengesetz“. Er übte eine sehr lebhaft Kritik an dem Gezet. In der Diskussion wurden von einem Hilfsarbeiter des Berliner Wohnungsamts recht interessante Mitteilungen über die Behandlung der Wohnungsfrage bei den zuständigen Stellen gemacht. An der Hand seines Materials kam dieser Redner zu dem Schluß, daß noch Laufende von Wohnungen geschaffen werden könnten durch Teilung großer Wohnungen der westlichen Bezirke. Einen wesentlichen Fortschritt bedeutet es, daß in diesen Versammlungen die politischen Fragen jetzt möglichst ausgeschaltet werden. Wenn zufällig nicht mehr Aktionen unternommen werden, die nur dem Bedürfnis einzelner Parteien entsprechen — wir erinnern an den letzten Mieterstreik —, sondern nur Aktionen, die tatsächlich dem Bedürfnis der Mieter entsprechen, dann kann die Mieterorganisation selber eine segensreiche Tätigkeit entfalten. Bei den laufenden Streifen der Neutöllner Organisation scheint dieser Wille vorhanden zu sein. Sie sollte daher in dieser Frage die lebhafteste Unterstützung der Mitglieder finden. Die Versammlung klang aus in der Aufforderung zum Anschluß an den Neutöllner Mieterverband.

Öffentliche Sprechstellen ohne Automaten.

Die von der Telegraphenverwaltung geplanten öffentlichen Sprechstellen in Läden und Gastwirtschaften sollen, wie amtlich mitgeteilt wird, keine Fernsprechautomaten erhalten, sondern wie die Sprechstellen anderer Teilnehmer betrieben werden.

Die Inhaber übernehmen die Verpflichtung, die Benutzung ihrer Sprechstellen jedermann zu gestatten und die Gebühren für die Telegraphenverwaltung einzuzahlen. Von anderen Sprechstellen aus können diese öffentlichen Sprechstellen wie jede andere Teilnehmerstelle angerufen werden, ohne daß der Inhaber etwas zu zahlen hat. Die Einrichtungsgebühr, die Grundgebühr und der einmalige Fernsprechtschalt werden von dem Inhaber der öffentlichen Sprechstellen nicht erhoben; sie haben aber die Gewähr dafür zu übernehmen, daß mindestens eine Einnahme in Höhe der Grundgebühr und 10 M. monatlich für Gespräche aufkommen. Es ist anzunehmen, daß die Inhaber von Zigarrengeschäften, Gastwirtschaften usw., die gezwungen sind, für ihre Kundenschaft Fernsprechanstalten zu halten, von der Uebernahme solcher öffentlichen Fernsprechknoten gern Gebrauch machen werden, weil sie dadurch eigene Aufwendungen für einen Anschluß ersparen. Anmeldungen auf solche öffentliche Sprechstellen können erst nach Verabschiedung des jetzt dem Reichstage vorliegenden Fernsprechtschaltgesetzes aufgenommen werden.

Geraubte Zuckerkarten.

Von der Zuckerverforgungsstelle wird dem Magistrat mitgeteilt, daß eine bewaffnete Bande mit einem Automobil vor das Haus Pufendorfer Straße, in dem sich die 37. Brotkommission befindet, vorgefahren sei, und von dem Personal der Brotkommission mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe von Zuckerkarten gefordert habe. Den Räubern sind die Zuckerkarten Serie O. 56 001—60 000, gültig für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1921, ausgehändigt worden. Diese Karten werden hiermit für ungültig erklärt. Kein Kleinhändler darf auf Grund dieser Karten Eintragungen in die Kundendliste vornehmen und darauf Zucker verabfolgen. Alle Kleinhändler werden dringend ersucht, Personen, die Zuckerkarten mit obigen Nummern vorlegen, festzustellen, der Polizei zu übergeben und Mitteilung zu machen. Personen, die über den Verbleib der Zuckerkarten zweckdienliche Angaben machen können, erhalten von der Zuckerverforgungsstelle eine Belohnung von 500 M.

Warum sollen Dissidenten Kirchensteuer zahlen? Eine recht unzureichende Registerführung scheint bei dem Geschäftsführenden Ausschuh der Berliner Stadtkirche, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 69, zu herrschen. Uns wurden Kirchensteuerveranlagungen für 1919 und 1920 vorgelegt, die dieser Ausschuh für ein junges Mädchen ausgehändigt hat, das bereits am 23. März 1910 aus der Kirche ausgeschieden ist. Da die Betreffende aber seit der Zeit bis zum heutigen Tage ununterbrochen in demselben Hause wohnt, so sollte man annehmen, daß der Kirchengemeinde und dann auch dem Ausschuh der Stadtkirche bekannt sein müßte, daß das Mädchen seit 1910 der Kirche nicht mehr angehört. Da uns derartige Fälle immer wieder berichtet werden, so besteht die Gefahr, daß die falschen Veranlagungen zu einer Belästigung ausarten. Das Konsistorium hat die Pflicht, seine Veranlagungsbehörden zu sorgfältigerem Arbeiten anzuhaltend.

Falsche Zehamarkeine. Von den Reichsbanknoten zu 10 M. mit dem Datum vom 6. Februar 1920, die seit Anfang Januar d. J. dem Verkehr zugeführt wurden, ist eine Fälschung aufgetaucht, die als solche bei einiger Aufmerksamkeit an den nachstehend aufgeführten hauptsächlichsten Merkmalen zu erkennen ist. Das Wasserzeichen fehlt. Der kupferbraune Faserstreifen ist durch schwachen Strichdruck gefälscht vorgefälscht. (Striche sind im Gegensatz zu den Fasern des echten Faserstreifens mit einer Nadel zu entfernen. Die Vorderseite ist der der echten Noten ähnlich. Im graubraunen Druck stehen unter den Worten „Reichsbanknote“ des oberen Feldes und „Reichsbankdirektorium“ des unteren Feldes die hellen Zierflächen (gut sichtbar). Die hellen Zierflächen in den dunkelbraunen getönten Eckfeldern — mit Zahlen 10 — sind auffallend dick und unregelmäßig nachgebildet. Die Rückseite hat erheblich hellere Tönung. In der Mitte der Bergierung unter dem rechtlichen Mittelbild sind die auf echten Noten deutlich sichtbaren kleinen Buchstaben „mb“ durch einen Schnörkel — ähnlich einem „R“ — ersetzt. Die Typen des Straßendrucks und der Worte „Reich“ sind ungleich (vergleiche „Reich“ rechts zu „Reich“ links). Vor Annahme dieser Nachahmungen wird gewarnt.

Bestechungsversuch an einem Einkäufer der Deutschen Werke A.-G. Das Schöffengericht in Spandau verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, die Berlin, gegen den Kaufmann, ehemaligen Formmeister, August Wegmann aus Hennigsdorf bei Berlin. Die Firma lieferte Schamottesteine an das Werk Spandau der Deutschen Werke A.-G. Um Differenzen zu erledigen, verhandelte der Einkäufer mit dem Einkäufer Reichmann und suchte ihm sogleich ein gefülltes Kuvert zuzuschieben. Der Einkäufer gab es schweigend sofort zurück. Der Angeklagte schob ihm das Kuvert erneut hin, diesmal mit ausgezogener Klappe, so daß zahlreiche Geldscheine sichtbar waren. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Bestechung zu 1000 M. Geldstrafe und erkannte auf Veröffentlichung in der „Geherei“.

Betrügereien eines falschen Gesundheitsbeamten. Als juristischer Konsultsbeamter bei der Ukrainischen Gesandtschaft in Berlin tritt ein Schwindler auf, der sich Hiss Dobrilschmann nennt und angibt, daß er 33 Jahre alt sei und aus Odessa komme. Einer Dame, deren Vater in Odessa lebt, spiegelte er vor, er könne ihr als Gesundheitsbeamter beihilflich sein, ihrem Vater die Einkreiserlaubnis nach Deutschland zu vermitteln. In Wiesbaden überredete er die vertrauensvolle Dame, Geld, Schmuck und Wertgegenstände in die Verwahrung zu geben. Dann verschwand er mit allen Schmucksachen, die 55 000 Mark wert sind. Für die Wiederbeschaffung der Sachen ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt. Der Schwindler ist etwa 30—33 Jahre alt, mittelgroß und schmal, hat ein großes ovales blaues Gesicht, blondes lockiges Haar, graue Augen und trug keinen Bart.

Schüsse auf einen Ringbahnzug. Am gestrigen Mittwoch nachmittag gegen 1/2 7 Uhr wurden von unbekannter Seite auf einen von Reutölln nach Tempelhof fahrenden Ringbahnzug in der Nähe des Bahnhofes Hermannstraße mehrere Schüsse abgegeben. Eine Kugel durchschlug die Fensterscheibe eines Abteils, absichtlichweise ohne die darin sitzenden Fahrgäste zu veranlassen. Sofort eingeleitete Ermittlungen nach den Tätern blieben bisher erfolglos.

Städtische Kunst- und Beschwerdestelle in Neutölln. Die von der Bezirksverordnetenversammlung Neutölln im neuen Rathaus, Berliner Str. 69 I, Zimmer 148, eingerichtete Beschwerdestelle ist an jedem Donnerstagnachmittag von 5—7 Uhr geöffnet. Es sind in diesen Stunden Bezirksverordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnerchaft entgegenzunehmen. Die Stelle ist außerdem an sämtlichen Sonntagen von 8 Uhr vor-mittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Ein städtisches Kino im 20. Bezirk (Reinickendorf). Das Volksbildungsamt des 20. Bezirks hat seine Bemühungen, ein städtisches Kino einzurichten, wieder aufgenommen und hofft, die Schwierigkeiten, die dem Projekt jetzt noch gegenüberstehen, bis Oktober d. J. überwunden zu haben. Am Sonnabend, den 25. d. M., abends 7 Uhr, findet eine von der Kulturabteilung der „Ufa“ (Universumfilm-Aktiengesellschaft) ausgeführte Mutterversammlung von Filmen in dem dazu in Aussicht genommenen Raum, Reinickendorf-Str. 49 (ehemals Seebad), statt, die die hohe Bedeutung des Films als Lehrmittel darzutun soll. Neben der Filmvorführung wird auch das Marionetten- und Kasperl-Theater gezeigt.

Groß-Berliner Parteinarichten.

1. Vbt. Berlin abend 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft aller Parteimitglieder bei Spiegel-Redoute 1.

Gewerkschaftsbewegung

Einheitsfront in der Bekleidungsindustrie.

Für die Bekleidungsindustrie und den Textilhandel bestand bisher neben den freien Gewerkschaften der Arbeitnehmerverband der Bekleidungsindustrie und des Textilhandels, der wohl nach freigewerkschaftlichen Gesichtspunkten tätig war, den freien Gewerkschaften aber nicht angehörte. Diese Organisation zählte zu ihren Mitgliedern kaufmännische und gewerbliche Arbeitnehmer aller Kategorien der Bekleidungsindustrie.

Verhandlungen, die in den letzten Wochen zum Abschluss gelangt sind, bringen die Verschmelzung des genannten Verbandes mit den freien Gewerkschaften in der Bekleidungsindustrie und dem Textilhandel. Es sind dies der Zentralverband der Angestellten, der Bekleidungsarbeiterverband, der Hutarbeiterverband, der Fabrikarbeiterverband, der Transportarbeiterverband, der Kürschnerverband und der Zuschneiderverband. Hierdurch werden die etwa 14 000 Mitglieder des genannten Verbandes den freigewerkschaftlichen Zentralverbänden zugeführt und die so lange ersehnte Einheitsfront der Arbeitnehmer der Bekleidungsindustrie und des Textilhandels hergestellt. Angesichts dieser gewerkschaftlichen Konzentration werden die gelben Organisationen innerhalb der hier in Frage kommenden Industriezweige auf keinerlei Erfolge mehr zu rechnen haben.

Gleichzeitig mit der Verschmelzung bilden die genannten freien Gewerkschaften zunächst für Berlin — andere Orte folgen — ein Kartell zur gemeinsamen Durchführung aller Lohnbewegungen der Kapl- und Handarbeiter dieser Industrie.

Wir hoffen und wünschen, daß durch die neue Zusammensetzung Ersprißliches und Segensreiches für die Arbeitnehmerschaft geleistet werden kann.

Gegen die kommunistische Lüge.

Bei dem Krawall der von den Kommunisten ausgehenden Erwerbs- und Obdachlosen im Berliner Gewerkschaftshaus, wurde bekanntlich die Betriebsrätekonferenz des Deutschen Transportarbeiterverbandes gesprengt. Die erlogenen Berichte der „Roten Fahne“ erregten unter den in einem anderen Lokale weiterliegenden Betriebsräten lebhafteste Empörung. Am letzten Tag der Konferenz wurde folgende Entschliessung gefaßt:

„Die Teilnehmer der Betriebsrätekonferenz des Deutschen Transportarbeiterverbandes, die Gelegenheit hatten, die Demonstration im Berliner Gewerkschaftshaus am Montag, den 20. Juni, mit eigenen Augen zu beobachten, weisen die Darstellung der „Roten Fahne“ in ihren Nummern 277, 278 und 279 über die Vorgänge bei dieser Demonstration als absolut unrichtig, aufs schärfste zurück. Solche den Tatsachen nicht entsprechende Berichterstattung ist geeignet, die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung aufs schwerste zu gefährden und zu schädigen.“

Da die „Rote Fahne“ immer wieder behauptet, die Mehrzahl der Demonstranten seien organisierte Arbeiter gewesen, muß darauf verwiesen werden, daß ein Redner im großen Saal behauptete, die Betriebsräte seien schlimmer als die Bongen, denn schon am zweiten Tag seiner Beschäftigung habe der Betriebsrat ihn aufgefressen, der Organisation beigetreten. Diese furchtbare Zumutung entsetzte die Mut der „Revolutionäre“ derart, daß 1500 bis 2000 Männlein und Weiblein in den Ruf ausbrachen: Nieder mit den Gewerkschaften!

So sehen die kommunistischen Gewerkschaftsförderer aus, vor denen die „Bongen“ sich „rechtfertigen“ sollten.

Zum Streik der städtischen Gutsarbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter schreibt uns: Die Streikfrage hat sich bisher nicht verändert. Die Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar mußten vertagt

werden, da der Rämmerer als Hauptvertreter des Magistrats die Verhandlungen vorzeitig beendete, die übrigen Stadträte mit gebundenen Mandaten zurückblieben. Der Magistrat schied also seine Stadträte mit gebundenen Mandaten aus Verhandlungen. Die Arbeiterkassen hat bisher von einer Verschärfung des Streiks abgesehen, in der Erwartung, daß die sozialistischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Mittel und Wege finden würden, den Magistrat von seinem Standpunkt, keinerlei Lohnaufgebändnisse zu machen, abzubringen. Die Vertreter der Organisationen haben sich wiederholt bei den sozialistischen Fraktionen bemüht, um eine Verständigung anzubahnen, ohne den Streik zu verschärfen. Die letzten Versuche sind durch den Beschluß des Magistrats am Mittwoch, bei seinem Standpunkt zu verharren, wiederum gescheitert.

Dagegen werden vom Magistrat neue Schritte unternommen, um dem Streik zu beugen. Die Gutsverwaltungen verkaufen das Gemüse an Berliner Engros-Händler (Firma Scheer, Berlin, Dirschenstraße), die mit Gespannen, besetzt mit Arbeitskräften, von Berlin aus auf die Güter hinausfahren und für einen Spottpreis die Früchte aberten. Das gemähte Heu verkaufen sie an die in der Umgebung ansässigen Bauern; sie lassen die Feuersteine einbringen, indem die Bauern auf je zwei Fuhrern, die sie für die Stadt fahren, eine Fuhrer für sich behalten können. Ebenso macht man es bei der Ernte von Kaps usw. Man geht sogar soweit, fertige verzogene und gehackte Rüben, die augenblicklich einer Bearbeitung durchaus nicht bedürfen und erst im Herbst geerntet werden können, an die Großbauern zu verkaufen. Dieses Vorgehen kommt einer glatten Sabotage der Gutsverwaltungen gleich. Die Großbauern legen sogar die bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich weigern, diese Streikbrecherarbeit auf den städtischen Gütern auszuführen, sofort auf die Straße. Anstatt der Arbeiterkassen geringe Zugeständnisse zu machen, wirft die Stadtverwaltung Millionenwerte den Großbauern in die Arme. Die städtischen Gutsarbeiter werden sich nicht provozieren lassen, bringen aber der Öffentlichkeit diese Vorgänge zur Kenntnis.

Kommunistische Gewerkschaftsangehörige.

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen hatte sich in seiner sehr stark besuchten Mitgliederversammlung am Mittwoch, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, mit dem Vorgehen von sechs nicht wiedergewählten Gewerkschaftsangehörigen der kommunistischen Richtung gegen die Organisation zu befassen. Bei der auf Beschluß der Mitglieder durch Urwahlen neuzubildenden Ortsverwaltung, die am 12. April vor sich gingen, war die kommunistische Liste unterlegen. Damit schieden die sechs kommunistischen Angestellten am 8. Mai aus der Verwaltung aus und wurden für die Zeit bis zum 15. Juli entschädigt. Die Anhänger der Diktatur des Proletariats behielten sich weitere Rechte vor, die sie nun nicht etwa auf dem Wege, den die Verbandsführungen vorschreiben, geltend machen, sondern durch Klage beim Schlichtungsausschuß gemäß § 84 des Betriebsrätegesetzes, wegen unberechtigter Entlassung. Vor Erhebung der Klage bot die Ortsverwaltung den entlassenen Angestellten einen Vergleich an. Der neu gewählte Vorstand war durchaus bereit, sich mit denselben friedlich, schiedlich auseinanderzusetzen, jedoch vergeblich.

In der Aussprache befaßte man sich eingehend mit dem durch nichts berechtigten, in der Gewerkschaftsbewegung ungewöhnlichen, sarkastischen und vertragswidrigen Vorgehen. Zwei von den sechs Kommunisten suchten ihr Verhalten zu rechtfertigen. Ludow hielt ihnen entgegen, daß sie als ehemalige Angestellte einer Arbeiterorganisation gegen alle Begriffe der gewerkschaftlichen Solidarität und proletarischen Moral verstießen, indem sie sich unter Verletzung des Betriebsrätegesetzes an den Schlichtungsausschuß wandten, anstatt etwa ein aus Verbandsmitgliedern zusammengesetztes proletarisches Schiedsgericht anzurufen, wie es der Vertrag

eines der Beteiligten ausdrücklich vorsieht. Durch eine Entschliessung sprach die Versammlung den Klägern gegen ihren Verband eine scharfe Mißbilligung aus.

Hierauf machte Morik einen Vermittlungsvorschlag, um die Sache aus der Welt zu schaffen. Den entlassenen kommunistischen Angestellten soll für weitere sechs Wochen Entschädigung gezahlt werden. Dem stimmte die Versammlung zu, nachdem die Beteiligten erklärt hatten, für diesen Fall ihre Klage zurückzuziehen.

Der Erledigung dieser bezeichnenden Angelegenheit war ein ausführlicher Bericht des Bevollmächtigten Glotz vorausgegangen über die Tätigkeit der Verwaltung. Den Jugendlichen soll ein Sitz in der Ortsverwaltung eingeräumt werden. Die Verwaltung billigte die Aufwendungen von etwa 10 000 M. aus der Lokalkasse zur Unterstützung ausgefeuerter erwerbsloser Mitglieder mit 3,50 M. pro Tag, und beschloß, diese Unterstützung auch im 3. Quartal zu zahlen.

Zu den morgen beginnenden Verhandlungen des Tarifausschusses wurden folgende Forderungen gestellt: Erhöhung der Leuerungszulage um 35 M. wöchentlich; anstatt der monatlichen Wirtschaftshilfe eine einmalige Beihilfe von mindestens 500 M. für Hilfsarbeiter und Gehilfen; bei verkürzter Arbeitszeit eine Entschädigung von 25 Proz.; Erhöhung der Vertreterzahl der Hilfsarbeiter im Tarifauschuß auf sechs. — Für das Steindruckhilfspersonal ist ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden.

Drohender Streik im Bankgewerbe?

Wie uns der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, beginnen heute die Verhandlungen über die Verlängerung des Reichsarbeitsgesetzes für das deutsche Bankgewerbe. Der Reichsverband der Bankleitungen stellt für diese Verhandlungen die Forderungen: Wegfall der allgemeinen Verbindlichkeit, Lohnabbau durch Streichung der letzten Berufsjahre aus dem Tarif. — Am Freitag, 7½ Uhr, findet in der Königsstadt-Brauerei, Schönhauser Allee 10/11, eine öffentliche Bankangestellten-Versammlung statt mit dem Thema: „Der Tarifkampf im Bankgewerbe“, in welcher zu der durch die Forderungen der Bankleitungen geschaffenen Lage Stellung genommen werden soll.

Lohnbewegung im Kinnogewerbe. In der Versammlung der Kino-Musiker am Dienstag in den Musikerzälen berichtete der Gruppenleiter Schlemmer über die Lohnbewegungen im Kinnogewerbe. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Tarifvertrag — weil nicht mehr zeitgemäß — zu kündigen. Desgleichen wurde beschlossen zu empfehlen, in Zukunft eine Arbeitsgemeinschaft mit der Fachgruppe der Vorführer einzugehen.

In Hamburg vom Transportarbeiterverband einberufenen Versammlungen der Straßenbahner, Hochbahner und Angestellten der Räder-Dampfschiffe wurde beschlossen, der Direktion der Hochbahn die Forderung zu unterbreiten, die Löhne um monatlich 150 M. zu erhöhen und die Kinderzulage von 22,50 M. auf 50 M. — Eine Versammlung des Eisenbahnerverbandes stellte die Forderung auf, daß die Ausführung von Reparatur- und Reparaturarbeiten im Bereiche der Reichsverkehrsverwaltung in eigener Regie, soweit ihre technische Durchführung möglich erscheint, erfolgt. Die Ausschaltung des Privatkapitals sei im Interesse der Erwerbstlosen erforderlich, weil bei Ausschaltung des verteuerten Privatkapitals mehr Erwerbstlose im Eisenbahnbetriebe eingestellt werden können.

Ueber die Frage des Generalstreiks in England wird eine Generalversammlung des Exekutivkomitees sämtlicher Arbeitervereinigungen am Sonnabend entscheiden. Norweg wird „verlautet“, mehrere der wichtigsten Arbeiterorganisationen hätten den Bergarbeitern zu verstehen gegeben, daß sie für einen Generalstreik vorläufig nicht zu haben sind.

Saison-Ausverkauf Preise teilweise bis 50 Proz. herabgesetzt!

Kleiderstoffe		Baumwollwaren		Damen-Wäsche		Herren-Artikel	
Batist gestickt Mtr.	455	Hemdentuch 70 cm br., kräft. Qual., Mtr.	695	Damenhemden mit fester Langette	1950	Herren-Strohhüte Matel-Form jetzt	1950
Voile doppeltbreit, feinfarbig, Mtr.	1950	Hemdentuch 80 cm breit, schwere griffige Ware Mtr.	790	Damenhemden mit Mohlsaum und Stickerei 29,50	2450	Herren-Filzhüte moderne Form jetzt	2950
Crepons bunt bedruckt Mtr.	1190	Linon für Leib- und Bettwäsche Mtr.	1150	Damen-Batisthemden mit feinsten Schweizer Stickerei und bester Verarbeitung	3950	Herren-Haarfilzhüte jetzt	3950
Weißbatist gestickt, doppeltbreit Mtr.	1950	Bettkattun in verschied. Mustern Mtr.	1250	Damen-Beinkleider geschlossen m. Stickerei 29,50	2450	Herren-Hosenträger Gummi jetzt	895
Dirndl-Stoffe in bester Qualität Mtr.	1650	Züchen in großer Auswahl Mtr.	1495	Stickerei-Untertaillen 15,90	985	Herren-Oberhemden mit Sportkragen jetzt	8950
Kleiderstoffe doppeltbr., schwarz-weiß Karo Mtr.	1550	Inlett Deckbettbreite Mtr.	2950	Wirtschafts-Schürzen Wiener Form	1950	Herren-Sportkragen gute Qualität jetzt	365
Kleider-Schotten doppeltbreit, Mtr.	2450	Inlett Klassenbreite, dazu passend Mtr.	2950	Reform-Unterröcke	4950	Serviteurs in guter Qualität jetzt	490
Blusen-Flanelle in Halb- und reiner Wolle Mtr.	1950	Fertige Bettwäsche Garnit. Deckb. m. 2Kissen, Mtr.	8550	Frack-Korsette aus festem Dreil in Zwickelform u. extra starken Schliessen	3950	Herren-Strickbinder mit Kl. Wehfehlern jetzt	690
Blusen-Zephir in guter Qualität, Mtr.	1390	Bettlaken extra schw. Qual. 2 m lang Mtr.	4950			Herren-Strickbinder in gut. Qualität jetzt	985
		Handtuchstoff in Dreil u. Gerstenkorn Mtr.	975				

Strümpfe		Staubmantel		Handschuhe	
Damen-Strümpfe Serie I	3 ⁹⁰	moderne, fesche Form, Raglanschnitt, offen und geschlossen zu tragen, M.	78 ⁰⁰	Lange Damen-Handschuhe reine Seide	590
Herren-Socken jetzt Paar		Mantel schwarz-weiß kariert Wollstoff, beste Qualität, mit verschiedenen farbigen Besätzen, M.	195 ⁰⁰	Damen-Handschuhe 2 Druckknöpfe, schwarz, weiß, farbig jetzt Paar	395
Kinder-Strümpfe Serie II	5 ⁹⁰	Strickjacke Trikotgewebe, moderne, flotte Form M.	75 ⁰⁰	Damen-Handschuhe weiß, schwarz, farbig jetzt Paar	195
Damen-Strümpfe Serie III	7 ⁹⁰	Strickjacke Kunstseide, in schönen Farben, extra schwere Qualität M.	178 ⁰⁰	Kinder-Handschuhe weiß, schwarz, farbig jetzt Paar	165
Herren-Socken jetzt Paar		Kleiderrock Leinen, in verschiedenen Karos, Kleidsame Form M.	12 ⁵⁰	Lange Damen-Handschuhe 12 Knopf 16 Knopf in weiß Leinen-Imitation jetzt Paar	16 ⁵⁰ 18 ⁷⁵
Kinder-Strümpfe Serie IV	9 ⁹⁰	Kleiderrock marineblauer Stoff, geschmackvolle Verarbeitung M.	19 ⁵⁰		
Damen-Strümpfe, Herren-Socken, Kinder-Strümpfe		Bluse weiss Batist, mit Fichu und reicher Spitzengarnitur M.	49 ⁰⁰		
		Waschkleid marine Batist, reich mit Handhohlsaum, jugendliche Form M.	29 ⁵⁰		
		Dirndkleid in schönen Mustern reich mit Spitze und Samtband M.	58 ⁰⁰		

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestrasse 70-71